



ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

DER JUSOS MÜNSTER

Beschlussbuch

10. Januar 2016

Inhalt

A1 STÄRKE DURCH SOLIDARITÄT! - Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2016	3
A2 Wider das Hamsterrad! - Eine Aktualisierung des marxistischen Entfremdungs-Begriffs	12
A3 Inklusion statt Ausgrenzung: Echten Bildungszugang für Geflüchtete schaffen!	15
A4 Paris 2015 – eine jungsozialistische Perspektive	21
A5 Geschlechtergerechte Sprache? Ja bitte!	24
A6 Feminismus umsetzen – Frauen* empowern	25

Wir Jungsozialist*innen in Münster verstehen uns sowohl als eigenständiger linker Jugendverband, als auch als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie sind Grundlage unserer politischen Arbeit und bestimmen unser Handeln. Wir setzen uns für eine linke und gerechte Politik sowohl in der Gesellschaft, als auch innerhalb der SPD ein. Mit letzterer tun wir dies in kritischer Solidarität, denn wir sind mehr als eine Parteijugend, die die Positionen ihrer Mutterpartei wiederkaut.

Wir haben klare, eigene Vorstellungen für die Gestaltung einer sozialeren, gerechteren und solidarischeren Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, die alle teilhaben lässt, niemanden ausschließt oder ausbeutet. Dabei orientieren wir uns insbesondere an den Wünschen und Erwartungen von jungen Menschen, denn als linker Jugendverband wollen wir gerade diesen Gehör verschaffen.

Es sind die Ungerechtigkeiten dieser Welt, denen wir den Kampf ansagen. Um diesen entgegentreten zu können, braucht es Verbündete und Mitstreiter*innen und eine große Idee. Die Überwindung des kapitalistischen Systems und das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist eine solche. Deshalb werben wir stetig für eine bessere Politik - eine linke Politik.

I. Unsere inhaltliche Arbeit

Wir wollen auch im nächsten Jahr an unsere gute inhaltliche Arbeit anknüpfen und dabei die bestehenden Verhältnisse und die Gesellschaft, sowie die SPD, aber auch unsere eigenen Positionen, fortlaufend kritisch hinterfragen, um progressive Positionen zu erarbeiten.

1) Unsere Themenbereiche

Antifaschismus und Kommunales:

Durch die erstmalige Kombination der Themenbereiche Antifaschismus und Kommunales in einem PoliTisch kehrt ein wichtiges Politikfeld in die tägliche Arbeit der Jusos Münster zurück. Wir haben den Anspruch Münster mit zu gestalten, deswegen wollen wir uns wieder intensiv mit der Kommunalpolitik Münsters auseinandersetzen. Hierzu gilt es auch den Kontakt zur SPD-Ratsfraktion zu intensivieren, etwa durch die gemeinsame Diskussion bei einem PoliTisch. Wichtig ist bei vielen Jungsozialist*innen Interesse für die kommunale Arbeit zu wecken. Mit Hinblick auf die Kommunalwahl 2020 wollen wir deshalb durch eine kommunalpolitische Seminarreihe unsere Mitglieder für die Gremienarbeit in Münsters

Stadtpolitik begeistern und vorbereiten. In unserer alltäglichen Arbeit sollen aktuelle Debatten in Münster Anklang finden.

Neben der Kommunalpolitik wollen wir uns natürlich ausführlich mit dem Themenkomplex Antifaschismus beschäftigen. Weiterhin werden wir aktiv an antifaschistischen und antirassistischen Demonstrationen und Gedenktagen teilnehmen und so ein starkes Signal gegen jegliche Form von Menschenhass setzen. Unsere Aufmerksamkeit soll auch pseudobürgerlichen Bewegungen, wie Pegida und AFD gelten. Diese stehen nicht nur für eine neuartige öffentliche Präsenz von völkischer Ideologie, sondern zeigen auch eine große Verbreitung rechten Gedankenguts bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Auch antisemitische und antizionistische Äußerung, meist getarnt als pseudokonstruktive Israelkritik, finden bei vielen, auch in der linken Szene, Anklang. Aber auch eben die linke Szene gilt es zu betrachten. Das Thema Vermummung auf Demonstrationen ist ein viel diskutiertes, auch bei uns im Verband. Hier sind also auch spannende Auseinandersetzungen möglich. Diese Auflistung zeigt: im Bereich Antifaschismus gibt es viel zu tun. Konkret haben wir uns vorgenommen ein langjähriges Vorhaben umzusetzen: Einen Themenabend zur Problematik von Frauen in der rechten Szene, möglichst gemeinsam mit der Münsteraner Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), zu veranstalten.

Bildung:

Auch in diesem Arbeitsjahr möchten wir unsere Ideen einer jungsozialistischen Bildungspolitik weiterentwickeln und dabei die Vielfältigkeit des Bildungsbereichs abdecken. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf die Entdeckung des #Neulands, die Digitalisierung von Bildung und Wissenschaft, legen, welche erhebliche Veränderungen im Bildungsbereich hervorruft, aber noch immer zumeist nur als Randthema behandelt wird. Hier wollen wir uns mit den Chancen der Digitalisierung für eine Demokratisierung der Bildung auseinandersetzen und die Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden müssen, ausführlich diskutieren.

Doch auch mit spezifischen Fragestellungen der einzelnen Bildungsbereiche wollen wir uns im kommenden Jahr beschäftigen. So wollen wir im Bereich der frühkindlichen Bildung das Spannungsverhältnis des Einflusses von Eltern und Staat genauer betrachten und der Frage nachgehen, wie Chancengerechtigkeit von Anfang an verwirklicht werden kann.

Angestoßen durch den erschreckenden Zulauf, welchen rechte und homophobe Bündnisse wie die „Besorgten Eltern“ erfahren, wollen wir uns auch mit der Kampagne „Schule der Vielfalt“ des nordrhein-westfälischen Schulministeriums beschäftigen und fragen, wie Schulen zu diskriminierungsfreien Räumen zum Beispiel gegenüber der sexuellen Orientierung gestaltet werden können.

Auch in der Hochschulpolitik stehen aktuell wichtige Änderungen bevor, die vor allem das Thema „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ betreffen. Hier möchten wir uns mit der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und dem Rahmenkodex „Gute Arbeit“ aus NRW beschäftigen und die hier vorgesehenen Regelungen näher betrachten.

Im Bereich der Ausbildung möchten wir uns, auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Einführung eines Azubi-Tickets, in diesem Jahr mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten und Organisationsstrukturen innerhalb der Ausbildung auseinandersetzen.

Natürlich möchten wir auch weiterhin an die Diskussionen des letzten Jahres anknüpfen, um bspw. unsere Kritik am bestehenden Schulkonsens in NRW und unsere Vorstellungen eines gerechten Schulsystems zu vertiefen. Gleichzeitig möchten wir beim Politischen Bildung aber auch aktuellen Themen und Entwicklungen genügend Raum geben.

Um unsere inhaltlichen Diskussionen ebenso vielfältig zu gestalten, wollen wir im kommenden Jahr verstärkt darauf achten, die Beteiligung von Schüler*innen und Auszubildenden an unseren Politischen zu erhöhen. Auch die Kooperation mit der Jus-Hochschulgruppe und dem Arbeitskreis Schule der SPD Münster wollen wir suchen, um Bildung aus jedem Blickwinkel zu betrachten und verschiedene Perspektiven einzubeziehen.

Europa und Internationales:

Da im zurückliegenden Jahr vor allem internationale Themen im Fokus standen, wollen wir unseren Blick in der kommenden Arbeit wieder stärker auf Europa richten, das leider in einem schlechten Zustand ist. Auf dem vergangenen Bundesparteitag hat Martin Schulz zum Beispiel von einem „Prozess der Entsolidarisierung in Europa“ gesprochen, und dabei die Rolle der aktuellen Bundesregierung leider gänzlich außer Acht gelassen, die unter anderem mit Überlegungen zu einem „Grexit“ auf Zeit das europäische Projekt doch fast gegen die Wand gefahren hätte. Wir wollen uns stattdessen mit Möglichkeiten echter Solidarität in Europa befassen: Wie ließe sich zum Beispiel eine Europäische Union gestalten, in der das Konzept der Nationalstaaten nach und nach obsolet wird? Brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa oder ein Europa der Regionen? Und wir wollen dies nicht nur diskutieren, sondern zugleich versuchen, die Vernetzung mit anderen linken Bewegungen in Europa zu verstärken! Die Rechtspopulist*innen erzielen Erfolge, weil sie auf starke nationale Grenzen bestehen; wir hingegen sind gerade deshalb stark, weil für uns diese Grenzen der Vergangenheit angehören, und deshalb müssen wir uns auch über diese Grenzen hinweg vernetzen und politisch arbeiten. Statt „Grexit“ also der Re-Entry des grundeuropäischen Gedankens, wie wir ihn bereits im Heidelberger Programm formuliert finden, in die aktuelle europäische Politik.

Und dazu gehören natürlich auch Fragen nach sicheren Fluchtwegen, nach Alternativen zu FRONTEX und nach einem menschenwürdigen Umgang mit geflüchteten und flüchtenden Menschen. Auch auf diese Fragen wollen wir weiterhin Antworten erarbeiten, damit „Refugees Welcome!“ auch tatsächlich politisch umgesetzt und gestaltet wird.

Und hier wird sodann auch deutlich, dass europäische und internationale Themen letztlich nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Zurzeit beschäftigt uns zum Beispiel der Syrien-Konflikt, der eine maßgebliche Fluchtursache ist, und für den wir Jungsozialist*innen andere Handlungsoptionen als einen Militär-Einsatz erarbeiten müssen. In diesem Zusammenhang ließe sich auch die zukünftige Rolle der Türkei mit bzw. innerhalb der Europäischen Union diskutieren.

Einiges steht somit auf der Agenda. Zugleich wollen wir natürlich auch tagesaktuell arbeiten. Lasst es uns also anpacken!

Gleichstellung und Soziales:

2016 wollen wir uns beim PoliTisch Gleichstellung und Soziales mit einer Vielzahl an Themen befassen und dabei auch einige Punkte behandeln, die ansonsten vielleicht nicht immer im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Menschen mit trans-Identitäten sind zwar in der Formel LGBTQI* immer mitgemeint, aber wie sieht es tatsächlich mit der rechtlichen und sozialen Situation dieser Menschen aus und wo können wir eventuell unsere Positionen und unser Handeln verbessern. Dies wird das Thema eines PoliTisches sein. Ein weiteres wird islamischer Feminismus sein. Was sind die Positionen von Feminist*innen mit islamischem Hintergrund und was für ein Diskurs wird dort geführt?

Zudem wollen wir uns vor dem Hintergrund der Diskussion über eine Änderung des Strafgesetzbuches mit dem Komplex Vergewaltigung befassen und überlegen, ob es hier tatsächlich anderer Gesetze bedarf und ob Zustimmungspflichten, wie sie momentan an vielen US-Universitäten diskutiert werden, auch bei uns diskutiert werden sollten.

Der Mindestlohn ist nun ein Jahr in Kraft und wir wollen im Rahmen eines PoliTisches versuchen eine erste Bilanz zu ziehen und zu schauen, ob dieses Instrument seine erhoffte Wirkung entfalten konnte und wo noch Verbesserungsbedarf besteht. Zu guter Letzt wollen wir auf einem PoliTisch die zu bewältigenden Integrationsaufgaben diskutieren, die wir als Reaktion auf die im letzten Jahr zu uns gekommene große Zahl an Geflüchteten bewältigen müssen. Wie kann dies funktionieren und für welche konkreten Maßnahmen sollten wir uns einsetzen?

Darüber hinaus wird uns auch weiterhin das Thema „Gute Arbeit“ beschäftigen.

Wirtschaft und Umwelt:

Als sozialistischer Richtungsverband ist es unsere Aufgabe, uns mit den Grundlagen des sozialen und nachhaltigen Wirtschaftens auseinanderzusetzen. Neben der sozialen und ökonomischen Ebene der Nachhaltigkeit, wollen wir uns auch intensiv mit der ökologischen beschäftigen.

Grundlage unserer Wirtschaftspolitik ist jeher eine Analyse des kapitalistischen Systems in dem wir leben. Dabei ist es sowohl wichtig Marx zu lesen, sich aber auch mit aktuellen Entwicklungen auseinanderzusetzen. So wollen wir uns beispielsweise mit dem sog. „Finanzmarktkapitalismus“ beschäftigen und schauen, was darunter zu verstehen ist und welche Alternativen es zum bestehenden System gibt.

Schlägt man die Zeitungen auf, liest man immer wieder, dass vor allem konservative Politiker*innen die „schwarze Null“ fordern. Aber was ist das überhaupt? Und wieso ist die Forderung danach nicht richtig?

Auch den Umweltbereich wollen wir natürlich nicht außer Acht lassen und uns unter anderem damit beschäftigen, wie man Energiepolitik und Klimaschutz sozial gerecht gestalten kann und ökologische Nachhaltigkeit nicht etwas für einen elitären kleinen Kreis bleibt.

Außerdem wollen wir auf aktuelle Entwicklungen in der Wirtschafts- bzw. Umweltpolitik eingehen und freuen uns auf ein zweites großartiges Jahr mit dem PoliTisch Wirtschaft und Umwelt.

2) Seminare

Wir wollen auch im kommenden Jahr mehrere inhaltliche Seminare veranstalten, um dort die Möglichkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit und ausführlichen Diskussion über verschiedene Themen zu schaffen. Im letzten Jahr haben wir erfolgreich Seminare zu den Themenbereichen Arbeit und Feminismus veranstaltet. In diesem Jahr wollen wir uns im Rahmen unserer Seminare den Themen ökologische Nachhaltigkeit, Antifa und Bildung zuwenden. Darüber hinaus werden wir bereits Ende dieses Jahres den Blick auf das wahlkampfintensive Jahr 2017 werfen und uns dahingehend vorbereiten.

Die Kommunalpolitik hat uns in den letzten 2 Jahren vor allem in Form von kommunalen Wahlkämpfen beschäftigt. Doch auch inhaltlich soll der Themenbereich Kommunales wieder mehr Platz in unserer Arbeit einnehmen. Neben der Wiederaufnahme des PoliTisch Kommunales, wollen wir uns darüber hinaus im Rahmen eines zu entwickelnden Veranstaltungsformats mit kommunalpolitischen Strukturen und Themen beschäftigen.

Neben unseren inhaltlichen Seminaren, wollen wir im nächsten Jahr unsere methodischen Fähigkeiten stärken und bereits vorhandenes Wissen weitergeben. Dies kann in Form eines methodischen Grundlagenseminars oder von mehreren, sich ergänzenden Abendveranstaltungen geschehen.

Unter Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung, sollen zumindest wieder zwei Seminarangebote über ein Wochenende und außerhalb von Münster stattfinden.

II. Unsere Arbeitsweise

Wir Jusos Münster haben im letzten Jahr nicht nachgelassen: auch 2015 haben wir uns auf allen Ebenen hervorragend präsentiert. Unsere inhaltliche sowie personelle Stärke haben wir bei der Landeskonferenz, dem Bundeskongress und den Parteitagen der SPD Münster gezeigt und uns sowohl mit eigenen Anträgen als auch Redebeiträgen erfolgreich eingebracht. Unser starkes Engagement der letzten Jahre macht sich auch darüber hinaus bemerkbar. Auf keiner Ebene kommt man an den Jusos Münster vorbei - ob das Landesvorstand und Bundesvorstand der Jusos oder der geschäftsführende Unterbezirksvorstand der SPD ist. Diese gute Vertretung wollen wir beibehalten und auch im kommenden Jahr unsere Inhalte breit in den Verband und die Partei tragen.

1) Der PoliTisch

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das Konzept "PoliTisch" aufgeht. Der PoliTisch ist die tragende Säule unserer politischen und inhaltlichen Arbeit. Er hat sich als gutes Format erwiesen, um neue Menschen mit unseren progressiven Diskussionen für unsere Arbeit zu gewinnen, sowie schon erfahrenere Mitglieder durch immer wieder neue spannende Themen langfristig zu binden. Deshalb wollen wir weiter daran festhalten uns jeden

Donnerstag zu treffen und unsere Themenbereiche in alphabetischer Reihenfolge behandeln.

Doch neben der inhaltlichen Arbeit muss auch Organisatorisches diskutiert und entschieden werden. Dies soll weiterhin jeweils am ersten Donnerstag eines Monats im Rahmen des sogenannten "PoliTisch Organisatorisch" geschehen. Dabei werden wir im nächsten Jahr schauen, wie mehr auch tages- und kommunalpolitische Fragen in den PoliTisch Organisatorisch eingebaut werden können.

Wichtig ist für uns, dass gerade unsere PoliTische offen gestaltet sind und es so Interessierten möglich ist, direkt miteinzusteigen und im besten Fall, auch zu bleiben. Dafür müssen wir uns und unsere Veranstaltungsformate immer wieder kritisch im Hinblick auf Barrierefreiheit, Offenheit und Attraktivität hinterfragen. Wir haben den Anspruch an uns selbst, dass die bei uns geführten Diskussionen progressiv über das Bestehende hinausgehen, aber dabei alle mitgenommen werden.

Auch wollen wir weiter erproben, wie Neueinsteiger*innen schneller in die PoliTisch-Vorbereitung und -Gestaltung miteinbezogen werden können.

2) Vorstandsarbeit

Nach unserem Verständnis kann Vorstandsarbeit nur gut sein, wenn sie offen und transparent gestaltet ist. Wir wollen die Mitglieder der Jusos Münster in alle wichtigen organisatorischen und inhaltlichen Entscheidungen einbeziehen, um so ein Maximum an Mitbestimmung zu gewährleisten. Deshalb werden alle wichtigen Fragen auch weiterhin am ersten Donnerstag im Monat auf unserer offenen Vorstandssitzung, dem PoliTisch Organisatorisch, öffentlich diskutiert und von allen Mitgliedern der Jusos Münster entschieden.

Der gewählte Vorstand setzt die politischen und organisatorischen Aufgaben des kommenden Vorstandsjahres im Team um. Neben der Zuständigkeit für einen Themenbereich und den zugehörigen PoliTisch werden die einzelnen Vorstandsmitglieder auch weiterhin die Verantwortung für einen Arbeitsbereich, wie z.B. Gleichstellungsarbeit und Neumitgliederbetreuung, übernehmen. Von allen Vorstandsmitgliedern wird außerdem die Teilnahme an allen Veranstaltungen der Jusos Münster erwartet, begründete Entschuldigungen werden natürlich akzeptiert.

3) Kooperationen und Bündnisarbeit

Wir wissen, dass wir unsere Ziele nicht im Alleingang erreichen können. Deshalb sind wir froh, Kooperationen mit anderen Gruppen innerhalb der SPD sowie Bündnisse mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenschlüssen zu haben, mit denen wir jungsozialistische Politik gestalten können.

Eine besonders enge Kooperation haben wir mit der Juso-Hochschulgruppe aufgebaut. Dabei hat es sich bewährt, dass die Hochschulgruppe mit einem*einer Vertreter*in im Juso-Vorstand vertreten ist. Daran wollen wir ausdrücklich festhalten, um so die enge

Zusammenarbeit beizubehalten. Wir streben darüber hinaus an, den bestehenden Austausch zwischen den beiden Gruppen, z.B. im Rahmen gemeinsamer Veranstaltungen, zu fördern.

Die Arbeit der Juso-Schüler*innen-Gruppe wurde aufgrund geringer Mitgliederzahlen im vergangenen Jahr ausgesetzt. Damit geben wir uns nicht so einfach zufrieden. Wir wollen im nächsten Jahr untersuchen, wie wir gemeinsam mit unseren aktiven Schülis wieder vermehrt Schüler*innen ansprechen und für die Jusos begeistern können.

Als eigenständiger linker Richtungsverband sind wir immer auf der Suche nach Verbündeten, um linke Positionen zu erarbeiten und durchzusetzen. Deshalb haben wir innerhalb der SPD den Kontakt zu anderen Arbeitsgemeinschaften gesucht und konnten erste Erfolge, wie eine gemeinsame Veranstaltung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), verbuchen. Daran wollen wir anknüpfen und diese Kontakte im nächsten Jahr vertiefen und erweitern. Um eine langfristige bessere Kooperation auf Kommunalebene zwischen Bündnis 90 – Die Grünen und SPD zu erreichen, streben wir eine engere Vernetzung mit der Grünen Jugend an. Es kommen z.B. die AfA, QueerSozis oder AG 60plus in Betracht.

Darüber hinaus wollen wir im nächsten Jahr den Kontakt mit internationalen Bündnispartner*innen im Rahmen eines Austauschs vertiefen.

Als Jugendverband ist uns auch unsere außerparteiliche Vernetzung in Kooperationen und Bündnissen sehr wichtig. In vielen Bündnissen, gerade im antifaschistischen Bereich, sind wir schon jetzt federführend vertreten. Die Zusammenarbeit und Vernetzung wollen wir intensivieren und ausweiten. Nach einem ersten Auftakttreffen mit der Gewerkschaftsjugend, wollen wir den Kontakt nicht abbrechen lassen, sondern Möglichkeiten der Zusammenarbeit entwickeln. Gleiches gilt für die Falken und das Jugendwerk der AWO, mit denen wir den Kontakt stärken und gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten erschließen wollen.

4) Gleichstellungsarbeit

Als feministischer Richtungsverband wird auch im Jahr 2016 die Gleichstellungsarbeit ein wichtiger Teil unserer Arbeit sein. Denn wir sind noch lange nicht am Ziel. Macht und Geld befindet sich noch immer überwiegend in männlichen Händen und einige wenige Ausnahmen können uns nicht vom Gegenteil überzeugen: die Benachteiligung von Frauen* ist strukturell. Es bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Umdenkens und weiterer politischer Maßnahmen, wie z.B. Quotenregelungen, um die Gleichberechtigung weiter voran zu treiben.

Doch auch bei uns im Verband sowie in der Partei gibt es noch Nachholbedarf. Die Zahlen sprechen für sich: nur $\frac{1}{3}$ der Juso-Mitglieder im NRW-Verband sind weiblich. Auch in Münster können wir noch nicht entsprechend viele weibliche wie männliche Mitglieder gewinnen. Doch es geht nicht allein um die zahlenmäßige Vertretung. Auch die Vernetzung

von jungen Frauen* ist uns wichtig. Denn in einer immer noch männlich geprägten Partei müssen weibliche Strukturen gestärkt werden.

Deshalb wollen wir das Konzept der Frauen*treffen weiterführen. Diese finden in unregelmäßigen Abständen statt und richten sich an die Frauen* der Jusos Münster, die Frauen* der Juso-Hochschulgruppe und Interessierte. Damit soll ein offenes Angebot für bereits aktive sowie neue Frauen* bestehen, um sich auszutauschen, zu fördern und zu vernetzen.

Darüber hinaus wollen wir den bereits begonnenen Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen beibehalten und stärken.

5) Öffentlichkeitsarbeit

Wir können auf ein weiteres gutes Jahr Öffentlichkeitsarbeit zurückblicken. Wir konnten mit unseren Pressemitteilungen in den Münsteraner Zeitungen Präsenz zeigen, auch wenn diese teilweise aufgrund der erkonservativen Haltung der münsterschen Presselandschaft bewusst ignoriert werden.

Wir sind in den wichtigen Internetportalen aktiv und können über diese für unsere Arbeit und Positionen werben. Wenn wir junge Menschen erreichen wollen, müssen wir auf den aktuell viel genutzten Kommunikationskanälen präsent sein. Wir wollen demnach an unserer guten Öffentlichkeitsarbeit festhalten und diese, wo es möglich ist, ausbauen.

6) Kampagne

2016 wird hoffentlich ein wahlkampffreies Jahr. Doch das heißt für uns nicht, dass wir uns in Parteiräumen verschließen und nur auf uns selbst konzentrieren. Nein, wir wollen auch nächstes Jahr auf der Straße und in der Stadtgesellschaft präsent sein.

Ein Blick auf die Landesebene zeigt, wie gute Kampagnen gemacht werden. "Zukunft gibt's nicht für lau" ist mehr als nur ein Postkartenspruch. Die Beliebtheit des Kampagnen-Slogans steht nur beispielhaft für die Wellen, die die NRW Juso-Kampagne bereits geschlagen hat.

Davon wollen wir Jusos Münster uns eine Scheibe abschneiden. Im nächsten Jahr heißt es deshalb jungsozialistische Forderungen zu formulieren, die wir auf regionaler Ebene im Rahmen einer Kampagne in Angriff nehmen wollen. Für diese wollen wir dann in der Partei, bei Kooperationspartner*innen und in der Gesellschaft werben und eine politische Debatte auf den Weg bringen.

Dabei vertrauen wir auf unsere Stärken. Wir haben in den letzten Jahren mit eigenen erfolgreichen Jugendwahlkämpfen gezeigt, dass wir junge Menschen mit unseren Forderungen, unserem Auftreten und unseren Aktionen erreichen.

Die erfolgreiche Landeskampagne werden wir dabei natürlich weiter tatkräftig unterstützen und begleiten. Anstatt uns abzukoppeln, wollen wir vielmehr die guten Impulse der Landesebene mit nach Münster nehmen, um damit Politik zu gestalten.

Denkbar ist zum Beispiel, das Thema Azubi-Ticket auch nach Münster zu holen und Verhandlungen der Verkehrsbetriebe mit Politik und Auszubildenden-Vertretungen anzustoßen.

III. Stärke durch Solidarität!

Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus, sowie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen sie mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine bessere Welt zu kämpfen.

Entfremdung bei Marx

Die marxistische Analyse, nach welcher die Trennung von Arbeit und Kapital die Wurzel allen Übels darstellt, ist bis heute absolut gegenwärtig les- und anwendbar. Die Arbeitskraft, die das Einzige ist, was Arbeiter*innen in den Produktionsprozess einbringen können, wird von Kapitalist*innen konsumiert, indem diese wiederum die Arbeiter*innen ihre Produktionsmittel konsumieren lassen, sodass in einem Prozess der Aneignung und Vergegenständlichung Waren produziert werden, die nur deshalb einen Mehrwert erzeugen können, weil mensch der Arbeitskraft der Arbeiter*innen ihren Wert entzieht. Auf diese Weise produziert die Arbeit nicht allein Waren, tatsächlich werden die Arbeiter*innen selbst zu solchen, und zwar je mehr sie produzieren. Trotz enorm veränderter Arbeitsbedingungen erweist sich diese Analyse, wie gesagt, auch heute noch als vollständig tragfähig. Was wir jedoch mit der Zeit aufgegeben haben, sind die Konsequenzen, die sich nach Marx aus einem solchen Produktionsprozess ergeben, bzw. zumindest den Begriff, den Marx verwendet. Von ›Entfremdung‹, um zum Eigentlichen zu kommen, wollte spätestens im Nachgang der Frankfurter Schule niemand mehr sprechen, weil mensch für die Verwendung dieses Begriffs ein essentialistisches Konzept vom Menschen für notwendig hielt, das sich zurecht nicht mehr vertreten lässt.

Marx selbst spricht von unterschiedlichen Formen der Entfremdung. Arbeiter*innen seien von ihrem Produkt, von ihrer Tätigkeit, von der Natur, von anderen Menschen bzw. ihrem Gattungswesen, sowie schließlich von sich selbst entfremdet; und besonders hinter der Annahme eines spezifischen Gattungswesens ›Mensch‹ wurden problematische, ontologische Implikationen bzw. so etwas wie eine Essenz ›Mensch‹ vermutet, von der sich die Arbeiter*innen entfremdeten. Wie damit umgehen?

Warum wir einen Entfremdungsbegriff brauchen

Die einfachste Lösung bestünde selbstredend in einem weiteren Verbleib des Begriffs in der Mottenkiste nicht mehr zeitgemäßer Schlagworte. Tatsächlich erlebt der Entfremdungs-Begriff seit ein paar Jahren jedoch wieder ein Revival. So entwickeln zum Beispiel die Philosophin Rahel Jaeggi oder der Soziologe Hartmut Rosa jeweils ein Entfremdungs-Konzept, das ohne jene problematische Annahme einer spezifischen, menschlichen Essenz auskommt. Letzterer definiert Entfremdung beispielsweise wie folgt: „Entfremdung kann dabei zunächst als ein Zustand definiert werden, in welchem Subjekte Ziele verfolgen oder Praktiken ausüben, die ihnen einerseits nicht von anderen Akteuren oder äußeren Faktoren aufgezwungen wurden – sie verfügen durchaus über praktikable alternative Handlungsmöglichkeiten –, welche sie aber andererseits nicht »wirklich« wollen oder unterstützen.“¹ Und auch wir Jusos Münster sind der festen Überzeugung, dass wir einen brauchbaren Begriff der Entfremdung zuvörderst im politischen Diskurs dringend wieder benötigen, weil wir es vor allem in der Arbeitswelt, aber auch im sozialen Bereich schlicht mit vielfachen Formen der Entfremdung zu tun haben, die wir nur dann politisch beseitigen können, wenn wir selbige klar benennen.

1 Rosa, Hartmut: Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2013. S. 120.

„Weil die Zeit sich so beeilt...“

Entfremdung entsteht überall dort, wo Arbeiter*innen ihre Arbeitskraft nicht selbstbestimmt einsetzen, wo sie nicht autonom darüber verfügen können. Ein Grund für dieses fremdbestimmte Arbeiten ohne zunächst tatsächlich auszumachende Fremdbestimmer*innen ist nach Hartmut Rosa die enorme technische Beschleunigung, die Beschleunigung unseres sozialen Wandels, sowie die Beschleunigung unseres individuellen Lebenstempos, wobei sich diese drei Faktoren zusätzlich gegenseitig bedingen. Oder um aus dem Film „The great dictator“ zu zitieren: „We have developed speed, but we have shut ourselves in.“ Sobald technologische Errungenschaft eine Beschleunigung von Arbeitsprozessen ermöglichen, sind die Arbeiter*innen dazu aufgefordert, sich diesem neuen Tempo anzupassen; der Lauf im kollektiven Hamsterrad beginnt. Und da dieses Hamsterrad in ein kapitalistisches System implementiert ist, gibt es ein vorherrschendes Prinzip: Wettbewerb. Um Schritt halten zu können, muss mensch sich auf welche Art auch immer Vorteile verschaffen, sodass aus Arbeiter*innen Konkurrent*innen werden. Dieses System produziert so mit Notwendigkeit Abgehängte, also Menschen, die nicht mehr Schritt halten können, und die infolgedessen zum Beispiel an Depressionen oder dem Burn-out-Syndrom erkranken. So war dem BKK-Gesundheitsatlas 2015 zu entnehmen, dass im Berichtsjahr 2013 knapp 15 % der AU-Tage der Mitglieder ohne Rentner*innen auf psychische Störungen zurückzuführen sind. Und nicht selten führen derartige Erkrankungen dann zu Frühverrentungen, was die Gefahr von Altersarmut enorm verstärkt. Und selbst bei denjenigen Arbeiter*innen, die im Hamsterrad verbleiben, werden Formen der Selbstausbeutung sichtbar. Aus Angst den Arbeitsplatz zu verlieren, lassen sie sich auf noch so schlechte Bedingungen (z.B. Überstunden, inhumane Arbeitszeiten, gesundheitsgefährdendes Berufsumfeld etc.) ein, und entfremden sich somit Zusehens von ihrer eigenen Tätigkeit. Allein im Jahr 2014 wurden beispielsweise über eine Milliarde an unbezahlten Überstunden von Arbeitnehmer*innen geleistet. Glücklicherweise sind dabei die, die sich durch Kapital Zeit kaufen können; die sich das Hamsterrad von außen anschauen können.

Dem muss mensch einerseits mit einer konsequenten Umverteilung sowohl von Kapital als auch von Arbeit begegnen; andererseits benötigen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über die zeitlichen Normen unseres Arbeits-, wie auch unseres Gesellschaftssystems. Wir müssen diese als gesellschaftlich gemacht und nicht als naturgegeben identifizieren, also als gestaltbare Größen, die politisch neu verhandelt werden können und müssen, um zu einer wirklichen Zeitsouveränität auf Seiten der Arbeitnehmer*innen zu kommen. Nur so lassen sich Entfremdungserfahrungen vermeiden. Und deshalb fordern wir

- **die konsequente Arbeitszeiterfassung durch Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen**, um sowohl Formen der vermeintlichen Selbstausbeutung als auch der Fremdausbeutung entgegenzuwirken. Nur wenn jegliche geleistete Arbeitszeit lückenlos dokumentiert wird, können gesetzliche Regelungen auch wirksam eingehalten und eine Entgrenzung von Arbeitszeit vermieden werden, was eine Stärkung der Autonomie der Arbeitnehmer*innen bedeutet.
- **die Einführung einer Arbeitsversicherung**, welche nicht nur der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen dienen soll. Im Kern besteht die Funktion einer solchen Versicherung darin, Auszeiten von der Erwerbsarbeit zu ermöglichen; sei es, um Familienangehörige zu pflegen, Kinder großzuziehen oder ehrenamtlich tätig zu sein. Uns

geht es um Optionszeiten, die jede*r individuell für sich nutzen kann, weswegen die Finanzierung derselben auch nicht an Bedingungen gekoppelt werden darf.

- **eine zweifache Arbeitszeitverkürzung.** Zum einen soll die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche gesenkt werden. Zum anderen benötigen wir zugleich ebenso eine Absenkung der maximal zulässigen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, weil es ein Leben außerhalb der Arbeit geben muss, welches auch durch die beste Entlohnung nicht zu bezahlen ist.
- **eine fortgesetzte Demokratisierung der Arbeitswelt,** weil Entfremdung nur dort vermieden werden kann, wo Arbeitnehmer*innen selbst entscheiden, wie, wann und wo sie arbeiten möchten.

A3

Inklusion statt Ausgrenzung: Echten Bildungszugang für Geflüchtete schaffen!

Die sogenannte Flüchtlingskrise stellt Politik und Gesellschaft vor Herausforderungen. Anstatt allerdings ausschließlich die Belange und Bedürfnisse von Geflüchteten in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen und somit die Herausforderungen in der menschenwürdigen Unterbringung und vernünftigen Inklusion von Geflüchteten zu sehen, fokussiert sich die öffentliche Debatte vordergründig auf Fragen, welche die Bekämpfung von Fluchtursachen betreffen, sodass Menschen auf der Flucht weiterhin daran gehindert werden, nach Europa zu gelangen.

Überlegungen, wie Geflüchtete in die hiesige Gesellschaft inkludiert werden sollen, müssen jedoch höchste Priorität erhalten, um geflüchteten Menschen eine Perspektive zu geben. Mehr als die Hälfte der Geflüchteten ist derzeit jünger als 25 Jahre, somit in einem Alter, in welchem vor allem Bildung die Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben schaffen kann. Daher müssen wir den Bildungszugang für Geflüchtete konsequent und in allen Bereichen öffnen und dabei vor allem auf Inklusion statt auf Ausgrenzung setzen!

Der Begriff „Geflüchtete“

Der Begriff „Geflüchtete“ scheint auf den ersten Blick etwas undeutlich zu sein und lässt somit die Frage offen, auf welche Gruppen dieser Antrag Bezug nimmt. Wir fassen hier unter den Begriff „Geflüchtete“ jede Person, die anerkannt asylberechtigt oder asylsuchend ist, Migrant*innen mit Duldung und jede Person, bei der ein Abschiebeverbot vorliegt, etwa weil sie international schutzberechtigt ist. Darüber hinaus fallen für uns unter den Begriff auch Personen, denen auf Grund gesetzlich nicht anerkannter Fluchtursachen kein Asyl in der Bundesrepublik Deutschland gewährt wird und die auch nicht als international schutzberechtigt gelten. Beiden Gruppen droht nach negativem Ausgang des Asylverfahrens die direkte Abschiebung. Wir verurteilen diese Praxis ausdrücklich und schließen diese Gruppe bei unseren Forderungen explizit ein.

Für jede dieser Gruppen gelten derzeit meist unterschiedliche Bestimmungen, wie Bildungsangebote wahrgenommen werden können. Dies ist häufig abhängig von der zeitlichen Perspektive, die Geflüchtete in Deutschland haben. Für uns ist dabei klar: Argumentationen, welche das grundlegende Menschenrecht auf Bildung nur für Menschen mit sicherem Aufenthaltstitel gelten lassen wollen, stellen wir uns entschieden entgegen! Bildung muss allen Menschen zugänglich sein, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus. Im Folgenden sollen unsere Forderungen bezüglich des Bildungszugangs für alle Geflüchteten gelten und getrennt in frühkindliche Bildung, Schulbildung, Hochschule und Ausbildung dargestellt werden.

Frühkindliche Bildung

Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für eine erfolgreiche Partizipation am Bildungssystem und erhöht dadurch Bildungschancen. Deswegen ist es notwendig, dass Geflüchteten im Vorschulalter der Zugang zu Bildungsangeboten ermöglicht wird. Ein wichtiges Instrument ist der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, der auch für Geflüchtete gilt. Wichtig ist, einerseits Geflüchtete

über diese Möglichkeit zu informieren und andererseits die bestehenden Angebote auszubauen, um auch allen diesen Zugang zu ermöglichen. Es braucht mehr Betreuer*innen, die im Umgang mit Kindern mit traumatischen Erfahrungen geschult sind. Weiterhin muss es Angebote zur Sprachförderung geben.

Wir bekräftigen an dieser Stelle die Forderung nach einer Kindergartenpflicht, weil so alle Kinder von vorschulischen Angeboten profitieren könnten, also auch Geflüchtete.

Schulbildung

Mit ihrer Ankunft gilt es, Geflüchtete im schulpflichtigen Alter in das Schulsystem zu inkludieren. Die Grundlage hierfür ist die UN-Kinderrechtskonvention, die Kindern ein Recht auf Bildung unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer (vermuteten) Aufenthaltsdauer garantiert. In der Bundesrepublik existieren für die jeweiligen Gruppen, die unter den Begriff „Geflüchtete“ fallen, unterschiedliche Regelungen, die meist an den gewöhnlichen Aufenthalt gebunden sind. Darüber hinaus sind dem Bildungsföderalismus unterschiedliche Rechtslagen in den Bundesländern geschuldet. So wird die Schulpflicht bei Asylsuchenden in fast allen Schulgesetzen der Länder explizit geregelt. Die Schulpflicht bei international Schutzberechtigten wird aus dem gewöhnlichen Aufenthalt und unter der Annahme, dass das Kind voraussichtlich das nächste Schuljahr durchlaufen wird, abgeleitet. Wir fordern einheitliche und eindeutige rechtliche Regelungen, welche die Schulpflicht zu einem Recht für alle Geflüchteten machen! Die Schulpflicht ist in manchen Bundesländern nicht sofort bindend. Etwa in Baden-Württemberg, wo Geflüchtete erst nach sechs Monaten Aufenthalt schulpflichtig werden. Auch hier fordern wir einheitliche Regelungen, welche die Schulpflicht für Geflüchtete in allen Bundesländern mit der Ankunft in Kraft setzen! Wichtig ist, dass die Schulpflicht auch wirklich durchgesetzt wird. Diese Aufgabe muss ernst genommen und mit ausreichend Mitteln und Personal erfüllt werden.

Eine erfolgreiche Beteiligung am Bildungssystem ist nur möglich, wenn Geflüchtete Zugang zu individuellen Fördermaßnahmen erhalten. Sprachkurse, wie etwa „Deutsch als Zweitsprache“, müssen bundesweit ermöglicht werden. Wichtig ist, dass der Erwerb der deutschen Sprache nicht die Muttersprache oder die kulturelle Identität der Geflüchteten berühren und einschränken darf. Auch dürfen Fördermaßnahmen nicht mit dem Spracherwerb enden. Geflüchtete müssen, wie alle Schüler*innen, individuelle Förderung, beispielsweise bei Lernschwächen, erhalten.

Die echte Inklusion von Geflüchteten kann nur gelingen, wenn die soziale Interaktion in der Schule nicht durch getrennte Klassenverbände massiv gehemmt wird. Deswegen müssen Geflüchtete in Regelklassen zusammen mit allen anderen Schüler*innen unterrichtet werden! Förderung, die etwa in separaten Sprachlernklassen stattfindet, kann nur ergänzend zum Unterricht in den Regelklassen stattfinden. Es dürfen keine parallelen Klassenverbände entstehen!

Schulen brauchen staatliche Unterstützung, um die Inklusion von Geflüchteten angemessen leisten zu können. Es sind Investitionen in den Bildungssektor nötig, um eine räumlich und personell adäquate Aufstellung zu ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise nicht nur ein ausreichendes Angebot an Sozialarbeiter*innen, sondern auch genügend Räume zum Lernen. Letzteres ist für viele Geflüchtete, die überwiegend in Massenunterkünften untergebracht sind und hier logischerweise keine angemessene Lernatmosphäre vorfinden, wichtig, um etwa Hausaufgaben erledigen zu

können. In Gänze ist dieses Problem selbstverständlich nur durch die vernünftige Unterbringung von Geflüchteten, etwa in Wohnungen, zu lösen. Solange jedoch noch Massenunterkünfte bestehen, muss auch hier für ausreichend Platz zum Lernen und zur Freizeitgestaltung gesorgt sein.

Für viele Geflüchtete stellt auch das Erreichen der Schule ein Problem dar. Durch die Unterbringung in dezentralen Unterkünften werden Bildungswege noch vor Betreten des Schulgebäudes erschwert. Es ist deswegen wichtig, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen, etwa durch zusätzliche Schulbusse. Durch einen längeren Schulweg dürfen bei Geflüchteten keine Kosten entstehen. Dies gilt natürlich auch für notwendige Schulmaterialien. Diese sind vom Staat zu bezahlen.

Die Lehrkräfte müssen für den Umgang mit Geflüchteten sensibilisiert werden. Sie sollen nachvollziehen können, welche gravierenden Erfahrungen manche bereits machen mussten. Es gilt, Lehrer*innen in Seminaren auf diese Herausforderung vorzubereiten. Dasselbe gilt für den Umgang mit Geflüchteten ohne legalen Aufenthaltsstatus. Diese müssen zwar von Schulen nicht gemeldet werden. Dennoch kommt es vor, dass Geflüchtete von Schulen abgelehnt oder gar gemeldet werden. Hier gilt es, Ängste bei den Schüler*innen abzubauen, indem die Lehrkräfte für ihre Situation sensibilisiert werden.

Hochschulbildung

Viele Geflüchtete haben bereits vor ihrer Flucht studiert, ein Studium abgeschlossen oder den Wunsch gehabt, ein Studium aufzunehmen. Zunächst ist dabei festzustellen, dass die Immatrikulation an einer deutschen Hochschule grundsätzlich nicht mehr an den Aufenthaltsstatus gebunden ist, dennoch bestehen faktische Hürden, welche die Aufnahme eines Studiums erschweren oder gar verhindern. Daher muss auch im Hochschulbereich alles getan werden, um den Hochschulzugang für Geflüchtete zu ermöglichen und zu erleichtern.

An einzelnen Hochschulen lässt sich hier bereits Bewegung feststellen, so bieten diese etwa ein kostenloses Gasthörer*innenstudium oder explizite „Schnupperkurse“ für Geflüchtete an. Darüber hinaus haben einige Hochschulen spezielle Beratungsstellen für Geflüchtete geschaffen und zusätzliche Sprachkurse und Unterstützungsprogramme eingerichtet sowie weitere Angebote der Hochschulen für Geflüchtete geöffnet. Diese Entwicklungen begrüßen wir ausdrücklich! Dennoch wird schnell deutlich, dass es sich hierbei nicht um einheitliche und abgestimmte Maßnahmen handelt, vielmehr liegt es derzeit im Ermessen der Hochschulen, ob und in welchem Maße sie sich für Geflüchtete öffnen und ob diese Angebote kostenlos sind. Die Bildungschancen für Geflüchtete unterscheiden sich daher nicht nur stark von Bundesland zu Bundesland, sondern auch von Hochschule zu Hochschule. Dieser Zustand entspricht nicht unserer Vorstellung eines gerechten und gebührenfreien Bildungszugangs im Hochschulbereich und muss daher grundlegend verändert werden. Hochschulen müssen sich flächendeckend für Geflüchtete öffnen und kostenlose Bildungsangebote für alle Menschen bereitstellen!

Ein wichtiger erster Schritt stellt dabei die Verbesserung der Informationspolitik dar, hier sollen an allen Hochschulen zentrale Ansprechpartner*innen bzw. Beratungseinrichtungen benannt werden, die Geflüchtete über die Möglichkeiten des Studiums und anderer Bildungswege informieren und sie bei den einzelnen Schritten unterstützen. Ergänzend dazu müssen alle Informationen auch online verfügbar sein und mindestens in englischer Sprache verfasst werden. Wichtig ist, dass die Beratung

durch geschultes Personal vorgenommen wird, welches sich mit den aktuell geltenden aufenthaltsrechtlichen Vorschriften auskennt und auf die spezielle Belastungssituation eingehen kann, in der viele Geflüchtete sich befinden.

Die aktuell geltende Praxis der diversen Zulassungsbeschränkungen durch NC, Sprachvoraussetzungen und Finanzierungsnachweis für internationale Studierende lehnen wir ab, da sie unserer Vorstellung eines freien Hochschulzugangs entgegenstehen. Solange diese allerdings noch bestehen, muss sichergestellt werden, dass internationale Abschlüsse und Zeugnisse besser und schneller anerkannt werden und unbürokratische Lösungen für fehlende Dokumente gefunden werden, z.B. durch die Einrichtung von Kompetenzfeststellungszentren.

Um den Weg bis zum regulären Hochschulzugang zu erleichtern, müssen die Hochschulen zudem ausreichend Sprach- und Vorbereitungskurse anbieten, welche auf die unterschiedlichen Vorkenntnisse eingehen. Auch kostenlose Gasthörer*innenprogramme und „Schnupperkurse“ können hier durchaus sinnvoll sein, solange sie die Möglichkeit einer späteren Anrechnung beinhalten. Gemeinsame Mentoring- und Unterstützungsprogramme von Hochschule und Studierendenschaft sollen zudem aufgebaut werden, um auch den Einstieg in den regulären Studienbetrieb zu erleichtern. Während und nach dem Studium ist es weiterhin unerlässlich, dass der aufenthaltsrechtliche Status mindestens entsprechend der Regelung für internationale Studierende aus Drittstaaten gesichert ist.

Gleichzeitig müssen aber auch die Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass diese keine Hürde für die Aufnahme eines Studiums darstellen. Dies umfasst zum einen die Abschaffung von Residenzpflichten, die Geflüchtete daran hindern, für ein Studium in eine andere Stadt zu ziehen. Zum anderen muss auch die finanzielle Unterstützung ausreichend gesichert sein. So haben einige Geflüchtete zwar ab dem 1.1.2016 einen BAföG-Anspruch nach 15 Monaten Voraufenthalt, was eine deutliche Verbesserung zur vorherigen Wartezeit von vier Jahren darstellt, allerdings dauert auch dies immer noch viel zu lange. Wir setzen uns daher für einen eltern- und aufenthaltsstatusunabhängigen BAföG-Anspruch ein, welcher nach der Hochschulzulassung allen Studierenden ohne Wartezeit gewährt wird.

Weiterhin müssen insbesondere für Geflüchtete, die nicht in der Nähe eines Hochschulstandorts untergebracht sind, zusätzliche Angebote im tertiären Bildungsbereich geschaffen werden. Ein Beispiel hierfür können Online-Hochschulkurse bzw. Online-Hochschulen sein. Das Fehlen von ergänzenden Unterstützungsangeboten sowie der notwendigen Infrastruktur stellen hier allerdings oftmals noch Probleme dar, welche von verschiedenen Seiten angegangen werden müssen.

Ausbildung

Auch der Zugang zum Ausbildungswesen muss für Geflüchtete verstärkt geöffnet werden, um weitere Bildungsmöglichkeiten und Perspektiven für die Partizipation am Arbeitsmarkt zu schaffen.

Einige Erleichterungen für den Ausbildungsbeginn konnten hier bereits in den letzten Jahren erreicht werden, dennoch existieren auch weiterhin rechtliche Einschränkungen. Aktuell können Menschen mit Aufenthaltsgestattung nach drei Monaten Voraufenthalt eine schulische oder betriebliche (duale) Ausbildung beginnen, benötigen aber oftmals noch eine Zustimmung der ZAV

(Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Arbeitsagentur). Jugendliche mit einer Duldung können ihre Ausbildung sogar ohne Wartezeit und Zustimmung beginnen. Hier braucht es dringend einer Angleichung, welche die Aufnahme einer Ausbildung ohne Wartefristen und Zustimmung für alle Geflüchteten regelt, um somit den unerträglichen Zustand der Perspektivlosigkeit und einer unsicheren Zukunft zu beenden. Auch die bestehenden Residenzpflichten schränken Geflüchtete in der Wahl ihres Ausbildungsortes ein und gehören daher abgeschafft. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass ihr aufenthaltsrechtlicher Status während und nach der Ausbildung bis zur Arbeitsaufnahme gesichert ist.

Neben den rechtlichen Hürden bestehen auch hier wiederum institutionelle Hürden, die es aufzubrechen gilt. Damit bereits frühe Unterstützung erfolgt, setzen wir uns daher für einen Ausbau der Beratungsangebote im schulischen und außerschulischen Bereich ein, um Geflüchteten bei ihrer Entscheidung alle Bildungsmöglichkeiten sowie den Aufbau des deutschen Ausbildungssystems aufzuzeigen. Auch gezielte Unterstützungsmaßnahmen durch berufsbildende Sprachkurse, Seminare zum Verfassen von Bewerbungsschreiben und zur Hilfe bei Vorstellungsgesprächen müssen verstärkt ausgebaut werden. Gleichzeitig muss auch hier die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie von Berufsqualifikationen weiter vorangetrieben und deutlich erleichtert werden, da die oftmals komplizierten und langwierigen Prozesse im schlimmsten Fall zu einem Verlust des potentiellen Ausbildungsplatzes führen können.

Auch der bislang praktizierte Ausschluss bestimmter Gruppen vom BAföG oder der Berufsausbildungsbeihilfe kann Geflüchtete davon abhalten, eine Ausbildung zu beginnen. Daher muss auch hier gelten: BAB- und BAföG-Anspruch für alle vom ersten Tag der Ausbildung an!

Ebenfalls ist es unerlässlich, dass auch ein Umdenken in den Ausbildungsbetrieben stattfindet. Einige Betriebe haben noch nie eine Lehrstelle an eine*n Jugendliche*n mit Migrationshintergrund oder eine*n Geflüchtete*n vergeben und dies nicht nur, weil keine Bewerbungen vorlagen, sondern auch da Sorgen vor Sprachbarrieren oder großen kulturellen Unterschieden bestehen. Auch der unsichere Aufenthaltsstatus scheint für viele Arbeitgeber*innen ein Risiko darzustellen, weswegen sie sich eher für eine*n deutsche*n Bewerber*in entscheiden. Viele Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugendlichen stellen sich diesem diskriminierenden Zustand entgegen und sprechen sich offen für die Solidarität mit Geflüchteten aus, so möchte die IG Metall Jugend NRW beispielsweise jeden Betrieb dazu verpflichten, mindestens eine*n Geflüchtete*n als Azubi oder Beschäftigte*n einzustellen. Diesem Engagement müssen aber endlich auch Taten von Seiten der Arbeitgeber*innen folgen!

Schließlich müssen auch nach der Ausbildung langfristige Perspektiven geschaffen werden. Wir setzen uns daher für eine Abschaffung von Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt wie Genehmigungspflichten und der Vorrangprüfung seitens der Arbeitsagentur ein. Nur so können wir von einer echten gleichberechtigten Teilhabe am Ausbildungswesen und Arbeitsmarkt sprechen.

Fazit

Zusammenfassend konnten die derzeit existierenden Regelungen des Bildungszugangs für Geflüchtete als überaus mangelhaft und reformbedürftig aufgezeigt werden. An vielen Stellen gilt es, Änderungen vorzunehmen, um eine wirkliche soziale Inklusion von Geflüchteten zu ermöglichen.

Diese beschränken sich nicht auf punktuelle Verbesserungen wie etwa den Ausbau des Angebots an Sprachkursen. Es müssen große infrastrukturelle Veränderungen vorgenommen werden, deren Finanzierung durch den Staat gesichert werden muss. Mit diesem Antrag fordern wir die konsequente Öffnung aller Bildungsbereiche für alle Geflüchteten ein. Der Aufbau eines selbstbestimmten Lebens hängt erheblich von den Bildungschancen ab, die einem Menschen gewährt werden, daher muss uneingeschränkt gelten: Das Recht auf Bildung kennt keine Grenzen!

Am 12. Dezember 2015 wurde im Rahmen der UN-Weltklimakonferenz COP21 von allen 194 Mitgliedsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention erstmals ein quasi weltweit gültiges Abkommen mit verbindlichen Klimazielen verabschiedet. Dieses Abkommen ist eine Reaktion auf die inzwischen wissenschaftlich nicht mehr umstrittene Tatsache eines Klimawandels, der bereits stattfindet und der durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Öl und Kohle und des daraus entstehende Kohlendioxids menschengemacht ist. 2015 war weltweit das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und wahrscheinlich lag die globale Durchschnittstemperatur erstmals knapp ein Grad über vorindustriellen Zeiten. Der Vertrag von Paris hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, die Hälfte des erlaubten haben wir also schon erreicht. Eine Erwärmung von mehr als zwei Grad wird gemeinhin als der Punkt gesehen, ab dem sich eine weitere Erwärmung durch menschliche Maßnahmen nicht mehr aufhalten lässt und sich selbst verstärkende Klimamechanismen einsetzen.

In Deutschland bedeutet dies aktuell vor allem schlicht leicht höhere Temperaturen. Wirkliche Einschränkungen ergeben sich daraus für uns noch nicht. Doch wie Einkommen und Reichtum sind auch die akuten Folgen des Klimawandels höchst ungleich verteilt und treffen jetzt schon die Menschen am härtesten, die vorher schon benachteiligt waren. Gerade in den Ländern des globalen Südens lässt sich jetzt schon beobachten, wie der Klimawandel ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen hat. In vielen Regionen wird es trockener, Regenzeiten verschieben sich oder fallen ganz aus, was Ernten vertrocknen lässt und die Viehhaltung erschwert. Im Pazifik steigt der Meeresspiegel und bedroht viele Inselstaaten in ihrer Existenz.

Auch im wohlhabenden Norden, beispielsweise Kalifornien, verändert sich das Klima, doch sind hier ganz andere Ressourcen vorhanden, um mit diesen Veränderungen umzugehen. Menschen, die schon ohne Klimawandel am Existenzminimum gelebt haben und keine Chance hatten, Reserven aufzubauen, treffen diese Veränderungen mit voller Härte und werden lebensbedrohlich.

Heute gehören zwar auch Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien zu den Hauptproduzenten von Kohlendioxid, doch tatsächlich wurde ein Großteil der sich heute in der Atmosphäre befindlichen Treibhausgase von den Industriestaaten ausgestoßen. Hieraus folgt eine internationale Verantwortung sowohl der Industriestaaten insgesamt, als auch eine individuelle Verantwortung Deutschlands. Im Abkommen von Paris wurde auch ein Kompensationsmechanismus festgelegt, der die Länder des globalen Südens in die Lage versetzen soll, sich an die bereits existierenden Folgen des Klimawandels anzupassen. An diesem Fond muss sich auch Deutschland in substanzieller Weise beteiligen, und zwar über bereits bestehende Mittelzusagen im Entwicklungsbereich hinaus. Auch müssen Klimaflüchtlinge in den Schutz des Asylrechts aufgenommen werden, denn ein drohender Hungertod ist genauso lebensbedrohlich wie Bürgerkrieg oder Verfolgung.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass die heutigen hohen Emissionen von Ländern wie China oder Indien sämtliche Klimaziele gefährden. Hieraus darf allerdings nicht folgen, diesen Staaten eine Entwicklung wie in den Industriestaaten zu verwehren. Diese Menschen haben ein Recht auf gleiche

Lebensbedingungen wie wir sie haben und das Ziel müssen weiterhin weltweit vergleichbare Lebensbedingungen sein.

Die nötige massive Emissionsreduktion in diesen Staaten bei einer gleichzeitig stattfindenden wirtschaftlichen Entwicklung bleibt dabei ein Spagat. Da dies die Möglichkeiten der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer übersteigt, müssen die Industriestaaten hier mit Technologie und Geld eine solche Transformation unterstützen. Gerade auch, weil unser Wohlstand auf der Armut dieser Menschen und Staaten beruht, müssen wir ihnen eine klimaverträgliche wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Aus dem Abkommen von Paris folgen aber auch Maßnahmen, die auf europäischer und nationaler Ebene ergriffen werden müssen, um die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen.

Um die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, müssen die aktuellen Treibhausgasemissionen massiv reduziert werden und es muss in wenigen Jahrzehnten der Umbau zu einer emissionsfreien Gesellschaft gelingen. Dies muss im gesamten globalen Norden bis 2050 passieren, wenn es noch eine Chance zur Einhaltung der zwei Grad-Grenze geben soll. Damit dies erreicht werden kann, müssen die dafür nötigen Umbaumaßnahmen sofort beginnen, und nicht erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten. Die bedeutet Veränderungen in allen Bereichen, die zum Energieverbrauch beitragen, das sind die Wärmeerzeugung zum Heizen, die Stromproduktion, der Verkehrssektor und die Industrie. Es darf nicht weiterhin vor allem die Stromproduktion im Mittelpunkt stehen, sondern es muss schnell ein ganzheitliches Konzept erarbeitet werden, wie eine Dekarbonisierung, also der völlige Verzicht auf fossile Brennstoffe, bis 2050 erreicht werden kann.

Im Gebäudesektor bedeutet dies Gesetze und auch Förderprogramme, um bis 2050 den gesamten Gebäudebestand mit zeitgemäßer Dämm- und Heiztechnik auszurüsten. Für Neubauten müssen strenge Energievorgaben gelten, die ab 2020 nur noch Niedrigstenergie- oder Passivhäuser erlauben. Noch benötigte Energie muss emissionsneutral vor Ort durch erneuerbare Energien oder durch Technologien wie Fernwärme gedeckt werden. Dies gilt für private Gebäude ebenso wie für Dienstleistungs- und Industriegebäude.

Im Verkehrssektor muss ebenfalls eine massive Emissionsreduktion stattfinden. Dies bedeutet den Abschied von Benzin und Diesel und den Umstieg auf Autos, die mit Strom, Wasserstoff und zu einem kleinen Teil mit Biokraftstoffen betrieben werden. Auch hier Bedarf es entsprechend strenger Verbrauchs- und Emissionsvorgaben, um dieses Ziel zu erreichen. Die momentanen Grenzwerte sind dazu nicht ansatzweise geeignet. Der Unwille gerade der Autoindustrie, strengere Vorgaben zu akzeptieren, kann und darf hier kein Hinderungsgrund sein. Des weiteren muss der besonders emissionsarme Schienenverkehr sowohl für Güter als auch für Personen deutlich ausgebaut und gefördert werden.

Von zentraler Bedeutung ist natürlich die Stromerzeugung. Hier ist der Umbau zu einer komplett emissionsneutralen Stromerzeugung bis 2050 sowohl technisch als auch wirtschaftlich machbar, ohne massive Kostensteigerungen für die Verbraucher*innen. Windkraft und Solarenergie müssen zu den tragenden Säulen der Stromerzeugung werden, ergänzt von flexiblen, mit Biogas oder Wasserstoff betriebenen Gaskraftwerken. Auch innereuropäische Kooperationen wie Solarkraftwerke in den südlichen EU-Staaten können einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein Ausbau von Windkraft und Photovoltaik deutlich über den aktuellen Bedarf hinaus eröffnet zudem Spielräume zum Ausgleich von Verbrauchs- und Erzeugungsschwankungen und zur Versorgung des Gebäude- und Verkehrssektors mit Strom und Wasserstoff.

Mit dem Ausbau der Erneuerbaren hin zu einer Vollversorgung ist selbstverständlich ein gleichzeitiger Abbau der fossilen Kraftwerkskapazitäten verbunden, mit dem Ziel eines völligen Ausstiegs aus der fossilen Stromerzeugung bis 2050. Zuerst muss hierfür schrittweise bis 2025 ein kompletter Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Stromerzeugung aus Braunkohle erfolgen. Parallel dazu muss auch ein schrittweiser Ausstieg aus der Steinkohleverstromung vereinbart werden, so dass 2040 das letzte Kohlekraftwerk vom Netz geht. Hierfür müssen Modelle entwickelt werden, die verhindern, dass dies auf dem Rücken der Beschäftigten im Kohlesektor geschieht. Insbesondere gilt dies für Nordrhein-Westfalen und einigen ostdeutschen Bundesländern, in denen die Kohle eine lange Tradition hat und die momentan in Bezug auf Energieerzeugung und Arbeitsplätze noch stark von der Kohle abhängig sind.

Auf Grund der langen Amortisationszeiträume von Großkraftwerken dürfen darüber hinaus keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, da diese die Stromerzeugung aus Kohle noch weit über den notwendigen Ausstiegstermin hinaus festschreiben würden.

Des Weiteren muss klar sein, dass die Atomkraft keine Antwort auf die Probleme des Klimawandels sein kann. Ihre im Vergleich zu anderen Energiequellen immensen Kosten, die Endlichkeit der Brennstoffvorräte, das immense Sicherheitsrisiko und die weltweit ungelöste Endlagerproblematik stehen dem entgegen.

Dies alles muss von einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz im Haushalt und in der Industrie begleitet werden. Mittel wie die EU-Energieeffizienzrichtlinie können dabei durchaus hilfreich sein, müssen aber in ihren Zielen und Vorgaben deutlich ambitionierter werden.

Die Erwärmung des globalen Klimas erfordert insbesondere von den Industriestaaten tiefgreifende Veränderungen und Transformationen. Die Aufgabe sozialdemokratischer und jungsozialistischer Politik muss es hierbei sein, die notwendigen Veränderungen in einer Art und Weise zu gestalten, die auf internationaler Ebene zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse führt und die Folgen des Klimawandels nicht den Menschen im globalen Süden überlässt. Hier ist Solidarität mit den Menschen gefordert, die schon jetzt unter den Veränderungen des Klimas leiden.

Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Zusammenarbeit im Energiesektor nötig, um regional vorhandene Vorteile für bestimmte erneuerbare Energien optimal zu verbinden.

Auch in Deutschland muss dafür gesorgt werden, dass die Lasten der Energiewende und der weiteren nötigen Umbauprozesse gemäß der individuellen Leistungsfähigkeit verteilt werden und es nicht zu massiven Steigerungen bei Mieten und Energiekosten kommt, die überproportional die jetzt schon finanziell schwachen Bevölkerungsgruppen treffen würden.

Die Feststellung, dass wir in einer patriarchalen Gesellschaft leben ist zwar keine neue und dennoch eine richtige, die immer wieder ausgesprochen werden muss. Dies zeigt sich immer wieder: Street Harrassement, rape culture, gender pay gap, männlich* besetze Führungspositionen, strukturelle Gewalt gegen Frauen* und diese Aufzählung lässt sich noch eine Weile so fortführen.

Uns ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir das Patriarchat nicht allein dadurch überwinden, dass wir an Worte ein Sternchen und ein "innen" dranhängen - und doch ist dies eine wichtige Forderung, denn Sprache und gesellschaftliche Realität stehen in einem Wechselverhältnis. Dabei drückt ein bewusster Umgang mit Sprache Realitäten nicht nur aus, sondern prägt diese und kann sie auch verändern. Es gibt immer wieder Studien und Erhebungen, die zeigen, dass ein vermeintlichen "mitmeinen" und "mitdenken" eben nicht so gut funktioniert wie die Gegner*innen der geschlechtergerechten Sprache denken. So schrieben Proband*innen, gefragt nach den bedeutendsten "Politikern" der letzten 50 Jahre, nur Männer auf. Befragte man sie aber nach den bedeutendsten "Politikerinnen und Politikern" eben jener Zeit wurden auch Frauen* genannt. Huch! Auch sämtliche andere "Gegenargumente" von Gegner*innen der geschlechtergerechten Sprache lassen sich schnell entkräften: Sprache ist ohnehin nicht effizient, eine weitere Endung verunstaltet sie auch nicht und es ist auch nicht furchtbar aufwändig und man gewöhnt sich schnell daran.

Und unser Verständnis von Geschlecht und Feminismus geht dabei über die Annahme einer Zweigeschlechtlichkeit hinaus und daher braucht es in der Schriftsprache auch einen Weg, dieses zu zeigen. Die feministische Forschung bedient sich hier vor allem der Schreibweisen des Gendergaps (_) oder des Gendersternchens (*). Im Gegensatz zum Binnen-I zeigt sich bei diesen Schreibweisen (durch das * bzw. den _), dass der*die Verfasser*in vom Existieren von mehr als zwei Geschlechtern ausgeht. Dabei macht der_ den Raum zwischen den Polen "männlich" und "weiblich" sichtbar und das * steht zudem auch für eine Offenheit in Bezug auf Geschlechtsidentitäten. So kann beispielsweise mit dieser Schreibweise von "Frau*" deutlich gemacht werden, dass sowohl cis- als auch trans*-Frauen gemeint sind und somit alle angesprochen werden, die sich dieser Gruppe zugehörig fühlen.

Wir fordern daher, dass alle Anträge in der Sprache mehr als zwei Geschlechter widerspiegeln, bspw. durch ein * - ohne dieses werden sie auch nicht bei einer Mitgliederversammlung bzw. Landeskonferenz aufgerufen. Weiterhin müssen alle Publikationen, die wir rausgeben, in der entsprechenden Form gegendert werden.

Seit Jahren beschäftigen wir Jusos uns mit dem Thema Gleichstellung und sind ein feministischer Richtungsverband. Wir haben Forderungen nach einer festen Frauen*quote, dem Abbau des Gender-Pay-Gap, der Etablierung von Gleichstellungsbeauftragten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen oder der intensiven psychosozialen Unterstützung und Versorgung von Frauen*, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden, aufgestellt. Trotz unseres Engagements zu diesen Themen hat sich in den letzten Jahren zu wenig getan. Der Gender-Pay-Gap betrug in Deutschland im Jahr 2014 noch 22 Prozent. Das Ehegattensplitting ist bis heute nicht abgeschafft. Weibliche Führungskräfte sind in Unternehmen und im öffentlichen Sektor immer noch unterrepräsentiert; der Frauen*anteil in den Aufsichtsräten liegt immer noch deutlich unter der im Mai 2015 gesetzlich festgelegten Quote von 30 %. Auch das nun von der Gesetzgebung in NRW für die Hochschulen immerhin initiierte Kaskadenmodell zur schrittweisen Erhöhung des Professorinnen*anteils ist unzureichend und führt viel zu langsam zu nennenswerten Ergebnissen.

Selbst im Bereich der Gewalt gegen Frauen* sind wir weder präventiv noch strafverfolgungstechnisch oder in der psychologischen Betreuung gesamtgesellschaftlich entscheidend weitergekommen. Trotz Versprechungen seitens rot-grüner Landesregierungen fehlt bis heute eine Ausfinanzierung von Frauenhäusern aus öffentlicher Hand, welche dadurch mit ständigen Planungsunsicherheiten zu kämpfen haben.

Die von uns Jusos bislang beschlossenen Forderungen lassen sich unter den Stichworten Frauen*rechte und Frauen*förderung zusammenfassen. Damit sind solche Maßnahmen gemeint, die darauf abzielen, systematische Frauen*diskriminierung und -benachteiligung abzubauen. Hierunter fallen finanzielle Bezuschussungen, aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen sowie im Einzelfall durch Unternehmen oder Institutionen festgelegte Regelungen, die die Gleichstellung der Geschlechter durch besondere Förderung von Frauen* zum Ziel haben.

Dieser Ansatz ist fundamental in unserem Verständnis von Frauen*politik: Frauen*förderung durch Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber wir Jusos wollen die Gleichstellung auch durch das Empowerment von Frauen* erreichen, das zu einer gleichberechtigten Partizipation führen soll.

Um gerechte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu erreichen, müssen Frauen* nicht nur zu gleichen Anteilen repräsentiert sein, sondern auch konkret einbezogen und nicht durch Hinterzimmerabsprachen ausgeschlossen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir Frauen* empowern.

Das Frauen*-Empowerment soll Frauen einen Prozess ermöglichen, in dessen Verlauf sie sich selbst und untereinander in die Lage versetzen und bestärken, aktiv gestaltend an aller Kommunikation, Arbeit und Entscheidungen sowohl im politischen als auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich maßgeblich teilzuhaben.

Maßnahmen im Rahmen des Frauen*-Empowerment sollen Frauen* befähigen, diese Teilhabe aktiv einzufordern, Gespräche zu steuern, mitzureden und Entscheidungen gleichberechtigt zu

beeinflussen. Außerdem soll das Empowerment jungen Frauen* den Einstieg in politisches Engagement und die Übernahme personeller Verantwortung innerhalb der politischen Gremien erleichtern.

In einem Verband wie den Jusos, in dem Frauen* zahlenmäßig in der Minderheit sind, kann es schon eine Schwierigkeit darstellen, in männlich dominierte Abspracheroutinen Einblick zu erhalten oder gar Einfluss auf diese zu nehmen.

Empowerment muss daher folgende konkrete Aspekte enthalten:

Frauen*netzwerke schaffen

- Möglichkeiten und Räume für Austausch über Erfolge und Probleme, die im Laufe des feministischen Gleichstellungskampfes auftauchen, können über Frauen*netzwerke geschaffen werden.
- Frauen*netzwerke ermöglichen es, sich gegen männliche informelle Absprachen zusammenzuschließen, diese so zu unterlaufen und langfristig abzuschaffen.

Multiplikatorinnen* benennen

- Multiplikatorinnen* sollen die Empowermentidee weitergeben.
- Die Koordination und Organisation von Empowermentprogrammen in den Unterbezirken kann so durch Frauen*, die bereits Erfahrungen im Frauen*-Empowerment gesammelt haben, geleitet werden.

Frauen* für Frauen*

- Mentorinnen*programme sollen Neuinteressentinnen den Einstieg in die politische Arbeit erleichtern.
- Die Mentorinnen* können andere Frauen* durch ihre Unterstützung empowern und darin bestärken sich selbst zu empowern.

Kommunikations- und Rhetorikschulungen für alle

- Frauen* sollen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und rhetorisch befähigt werden, Einfluss auf Debatten und Entscheidungen zu nehmen.
- Männlich dominantes und dadurch oft diskriminierendes Redeverhalten soll bewusst gemacht werden, damit dies in Zukunft vermieden werden kann.
- Für Männer* und Frauen* sollen die Schulungen zu einem achtsamen Redeverhalten führen, das offene Diskussionen, aber auch klare Positionen zulässt, ohne Menschen auszuschließen.